

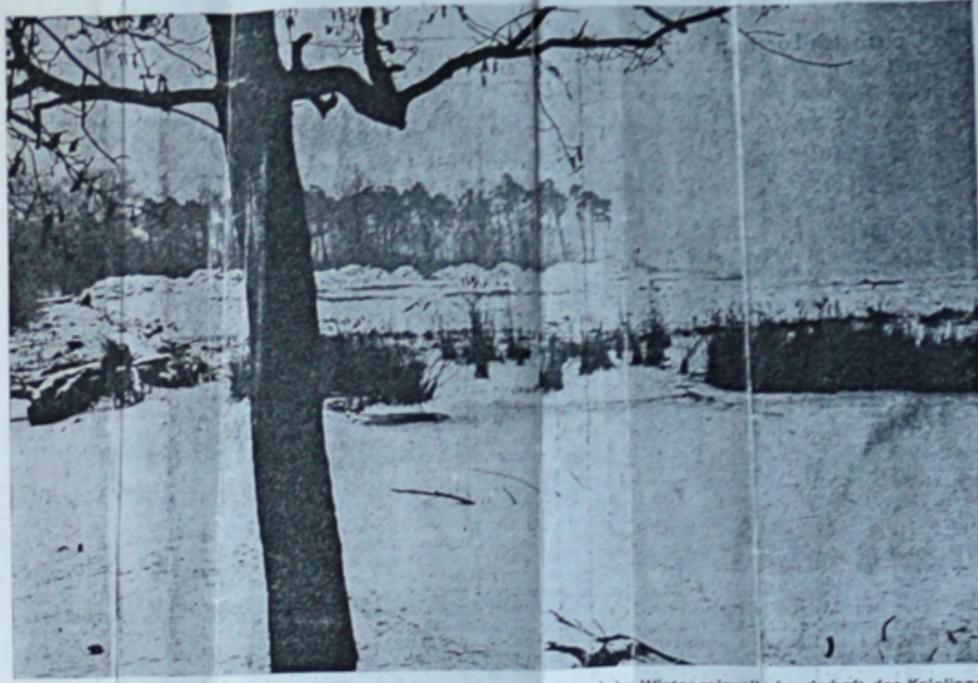
Seit fünf Jahren erfolglos verhandelt:

Hartes Gefecht um die Existenz einer Insel im See

Wird der Naturschutz ein Opfer des Profitdenkens?

Von unserem Redaktionsmitglied Hermann Winkler

Um den Knielinger See, jenes langgestreckte Gewässer in der Rheinniederung zwischen dem Verbindungsbecken des Hafens und der Maxauer Brücke, ist es in der Öffentlichkeit in jüngster Zeit etwas still geworden. Auch der vor bald 15 Jahren geborene und städtischerseits kräftig propagierte Traum vom Karlsruher Lido, dem großen Erholungs- und Wasserparadies inmitten von Schilf, Sand und Auwäldern, hat zumindest nach außen hin einiges von seiner früheren Intensität verloren. Doch der äußere Schein trügt. Hinter den Kulissen der freundlichen Rheinszenerie spielt sich seit Jahren eine ebenso zähe wie erbitterte Auseinandersetzung zwischen der Stadt einerseits und dem Kieswerk Maxau andererseits ab. Es geht dabei um die künftige Gestalt der Seelandschaft, die einmal nahezu die Größe des Titisees haben wird. Unmittelbarer Anlaß und Objekt des hartnäckigen Gerangels ist eine im nördlichen Teil des Gewässers gelegene große Insel, die aus Gründen des Naturschutzes und wegen ihrer biologischen Funktion in der Naturlandschaft erhalten werden soll. Trotz fünfjähriger Verhandlungen konnte noch kein Ergebnis erzielt werden, das beide Seiten befriedigt. Im Gegenteil: Am Horizont zeichnen sich noch nicht einmal Andeutungen einer Lösung ab.



UNTER EINER DECKE AUS SCHNEE UND EIS liegt in diesen Tagen die auch im Winter reizvolle Landschaft des Knielinger Sees, der unerwartet erneut in die öffentliche Diskussion geraten ist. Unser Bild zeigt im Hintergrund den von Bäumen bestandenen Südzügel der Insel, um deren Erhaltung sich die Stadt seit Jahren bemüht, ohne daß es bis jetzt zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen wäre.
Fotos: Schlesiger

Die Ursachen für die Schwierigkeiten, für die sich beide Seiten gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben, liegen in den unterschiedlichen Auffassungen über einen angemessenen Ausgleich für das Kieswerk. Es handelt sich um jenen Ausgleich, der dem Unternehmen dafür angeboten worden ist, daß es auf die Ausbaggerung der zu erhaltenden Insel, den sogenannten Katersgrund, verzichtet. Während die Stadt ihr Angebot für mehr als ausreichend hält, vertritt das Kieswerk die Auffassung, daß die städtischen Vorschläge ihre wirt-

ben an den Vertreter des Kieswerks getan hatte) und erstmals offiziell über die Vorgänge berichtet, die sich bisher mehr im Hintergrund der öffentlichen Arena abgespielt haben.

Auf diese Weise erhielt die Öffentlichkeit überhaupt erst Kenntnis von der Streitfrage, über die sich in der Vergangenheit vorwiegend die Juristen beider Seiten die Köpfe zerbrochen haben.

Als die Markgräflisch Badische Hauptverwaltung — das fragliche Gelände gehört dem Markgrafen Max von Baden — Ende des Jahres 1956 bei der Stadt Karlsruhe die Genehmigung einer Kiesgrube in der Rheinniederung beantragte, rechnete vermutlich niemand damit, daß sich aus dieser Sache einmal derartige Schwierigkeiten ergeben würden. Im Gegenteil: Die Stadt erteilte die Genehmigung wahrscheinlich nicht ungern, weil sich mit der wirtschaftlichen Nutzung des Gebietes eine großartige Zukunftsmöglichkeit für die Karlsruher Bevölkerung verbinden ließ. Am Horizont tauchte die Vision eines großräumigen Erholungs- und Wasserparadieses auf, dessen Mittelpunkt der bei der Kiesgewinnung entstehende Baggersee sein sollte. Die Karlsruher sahen sich plötzlich in die Lage versetzt, vor den Toren der Stadt in absehbarer Zeit „ihren Wannensee“ zu haben.

Näheres „zu gegebener Zeit geregelt“

Die Voraussetzungen für die Verwirklichung des populären Zukunftsprojektes wie auch für die Erhaltung der Landschaft wurden noch im gleichen Jahr vertraglich fixiert. Und zwar in einer Vereinbarung zwischen der Stadt Karlsruhe und der Markgräflischen Verwaltung „über den Schutz des natürlichen Landschaftsbildes bei der Anlage der Kiesgrube und die Zugänglichmachung des Geländes für das Publikum wie seither“. In dem Papier verpflichtete sich die Markgräflische Verwaltung, „daß die Grube eine gefällige, dem natürlichen Landschaftsbild angepaßte Linienführung und landschaftlich einwandfreie Ränder erhält. Lange, gerade Uferstreifen sollen möglichst vermieden werden“.

Die Markgräflische Verwaltung stimmte ferner zu, die Böschungen zu begrünen und teilweise zu bepflanzen, und zeigte sich außerdem damit einverstanden, den See und seine Umgebung auch für die Allgemeinheit, u. a. für wassersportliche Zwecke zugänglich zu machen. „Das Nähere“, so heißt es in der Vereinbarung, „wird zu gegebener Zeit durch besondere Vereinbarung geregelt“.

Das Vorhaben nahm in den folgenden Jahren schnell Gestalt an. Die zur Ausbeutung des Geländes gegründete Gesellschaft „Kieswerk Maxau“, an der das Markgräflische Haus beteiligt ist, leistete ganze Arbeit. Bereits vier Jahre nach Beginn der Baggerarbeiten waren mehr als 40 Prozent der vorgesehenen Fläche von rund 90 Hektar zwischen dem Verbindungsbecken des Rheinhafens im Süden und der Bundesstraße 10 im Norden ausgehoben und zu Wasser geworden. Karlsruhes Zukunftssee, der insgesamt 1750 Meter lang und zwischen 400 und 800 Meter breit sein wird, begann allmählich in der Sonne zu glitzern.

Inzwischen hatten auch die Pläne zur Gestaltung der Seelandschaft konkretere Formen angenommen. Auf den Reißbrettern der Planer

entstanden so attraktive Anlagen wie ein Bootshafen, ein Strandcafé oder ein Strandhotel, ein Campingplatz, ein Badestrand u. a. Später wurde dann die in unmittelbarer Nachbarschaft geplante Rheinstadt in die Überlegungen mit einbezogen.

Insel wurde zum Naturschutzgebiet

Die bis dahin offensichtlich recht guten Beziehungen zwischen der Stadt einerseits und der Markgräflischen Verwaltung bzw. dem Kieswerk Maxau andererseits erfuhren eine Trübung, als sich der Natur- und Umweltschutz aufgrund neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse allmählich stärker zu profilieren begann und bei öffentlichen Vorhaben immer mehr Berücksichtigung fand. Diese Entwicklung im allgemeinen traf in diesem besonderen Fall auch den Knielinger See. Genauer gesagt: die im nördlichen Teil des Sees gelegene, rund 500 Meter lange Insel, die in den Landkarten als „Entenfang“ und „Katersgrund“ eingetragen ist.

Welche Bedeutung man diesem kleinen Stück Land als wichtigem Bestandteil in der Gesamtlandschaft beimißt, mag die Tatsache illustrieren, daß der Kreisbeauftragte für Naturschutz

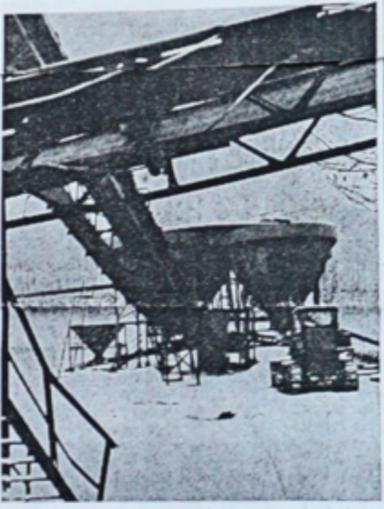
und Landschaftspflege, Prof. Dr. Köhlwein bereits 1964 den Antrag stellte, die Insel zum Naturschutzgebiet zu erklären. Der Kreisbeauftragte argumentierte vor allem mit den dort anzutreffenden Besonderheiten der Vogel- und Pflanzenwelt und führte außerdem Gesichtspunkte des natürlichen Gewässerschutzes ins Feld.

Natürliche „Kläranlage“ im See

Diese Argumente sind inzwischen durch die Meinungen einer Reihe von Fachleuten vertieft und erhärtet worden. Es geht bei der Erhaltung der Insel nicht nur um das Landschaftsbild, sondern um die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, in dem sie eine wichtige Rolle spielt.

Über eine Oase für die äußerst vielfältige Lebensgemeinschaft von zum Teil seltenen Tieren und Pflanzen fungiert die Insel als biologisches Refugium und aktive Regenerationszelle innerhalb einer großen Wasserfläche. Sie ist eine natürliche „Kläranlage“ inmitten des Wassers, ohne die der See Gefahr läuft, „umzukippen“.

Wird sie erhalten, so würde sich außerdem der nach der Ausbaggerung anlaufende Prozeß der Fortsetzung auf Seite 38



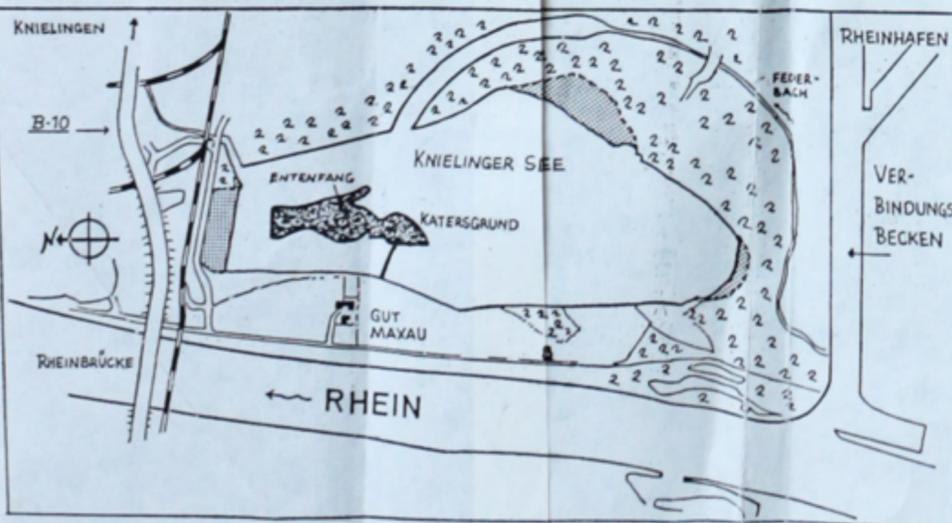
DIE ANLAGEN für die Kiesgewinnung beherrschen vorerst noch die Szenerie des Sees in der Rheinniederung. Zur Zeit ist hier allerdings Winterpause.

schaftlichen Einbußen nicht genügend berücksichtigen. Der Notwendigkeit der Erhaltung einer gesunden und natürlichen Umwelt stehen die ökonomischen Interessen des Unternehmens gegenüber, ohne daß man bisher auch nur eine Annäherung der Standpunkte erreicht hätte.

Sind die Verhandlungen gescheitert?

Fünf Jahre lang haben sich die Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Kieswerk Maxau bzw. der Markgräflischen Verwaltung zähflüssig dahingeschleppt. Man ist in der strittigen Frage praktisch keinen Schritt weitergekommen. Öffentliches Anliegen und privates Gewinnstreben waren bislang nicht zu vereinen. In dieser Situation hat die Stadt Karlsruhe die Flucht nach vorne angetreten.

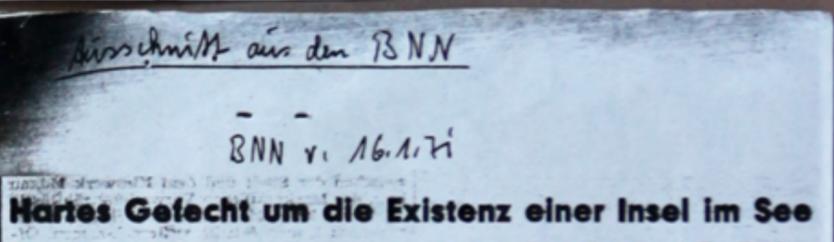
Der anscheinend aussichts- und fruchtlosen Auseinandersetzungen überdrüssig, hat Oberbürgermeister Otto Dullenkopf beim Neujahrsempfang für die Presse am Mittwoch dieser Woche die Verhandlungen für gescheitert erklärt (was er zuvor auch in einem Schrei-



Um die Erhaltung ...

... der Insel „Entenfang“ und „Katersgrund“ (dunkle Fläche) im nördlichen Teil des Knielinger Sees, den unsere Skizze vom Rhein her, also aus Westen zeigt, geht es bei der Auseinandersetzung zwischen der Stadt Karlsruhe und dem Kieswerk Maxau, die gepunkteten Flächen im Norden, im Südosten und im Süden des Sees stellen jene Bereiche dar, welche die Stadt als Ausweichmöglichkeiten für zusätzliche Kiesgewinnung vorgeschlagen hat. Sie sollen als Ausgleich für den Verzicht des Kieswerkes auf den Abbau der Insel dienen.

Zeichnung: Horst Zimmermann



Fortsetzung von Seite 37
Wiederbesiedlung des Gewässers mit Pflanzen und seine Wiederengliederung in die Auelandschaft wesentlich beschleunigen. Würde man sie aber zerstören, so argumentieren die Fachleute weiter, so bedeutete das den Verlust der letzten naturnahen Landschaftszelle innerhalb einer sonst biologisch so gut wie toten Restwasserfläche.

Wer hat den Schwarzen Peter?

Das Kieswerk Maxau, so versicherte uns gestern jedenfalls sein juristischer Vertreter mit Nachdruck, sei sich der Bedeutung der Insel für den Natur- und Landschaftsschutz durchaus bewußt und anerkenne daher das öffentliche Interesse an ihrer Erhaltung. In der Tat: Das kleine Stück Land steht nach wie vor unberührt in der sonst weiten, ausgebagerten Seefläche, also innerhalb des zur Ausbaggerung genehmigten Gebiets. Auf der anderen Seite war es nicht möglich, in fünfjährigen Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen. Der springende Punkt ist der Ausgleich, den die Stadt dem Kieswerk für den Verzicht auf den Abbau der Insel und die verlorene Kiesgewinnung in diesem Bereich angeboten hat. In dieser Frage scheiden sich die Geister nach wie vor und die Stadt Karlsruhe läßt keinen Zweifel daran, in wessen Hand sie den „Schwarzen Peter“ vermutet.

Die Stadtverwaltung verweist in diesem Zusammenhang auf Probebohrungen sowie auf Gutachten des Landesgeologen Prof. Dr. Bartz und der Bundesanstalt für Wasserbau, in denen sich die Möglichkeit gezeigt habe, das betreffende Gebiet zu erhalten, ohne daß die Kiesausbeute eingeschränkt wird. Sie betrachtet ihr Angebot, in größerer Tiefe (als ursprünglich genehmigt) zu baggern und Kies außerdem über den vertraglich abgesteckten Bereich hinaus im Norden, Südosten und Süden des Geländes abzubauen, als ausreichendes wirtschaftlichen Ausgleich für das Kieswerk. Zumal sie sich zusätzlich bereit erklärt, die Beseitigung des Abbaus (der über dem Kies lagernden Erdschicht)

an einer Stelle zu übernehmen. Ihre Fachleute haben errechnet, daß die wirtschaftliche Einbuße des Unternehmens durch diese Zugeständnisse mehr als ausgeglichen wird.

Die Vernunft sollte siegen

Das Kieswerk seinerseits hat sich auf den Standpunkt zurückgezogen, daß das städtische Angebot keineswegs ausreiche, die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, die es durch den Verzicht auf den Abbau der Insel bisher erlitten habe. Der Vertreter des Unternehmens führte u. a. die Argumente ins Feld, daß die Ausbaggerung in größerer Tiefe weniger rentabel ist und daß das von der Stadt offerierte Ausgleichsgelände an verschiedenen Stellen des Sees eine teure Verlagerung der maschinellen Einrichtung des Kieswerkes sowie der Transportwege mit sich bringe. Außerdem gingen die vorgeschlagenen Ausweichmöglichkeiten auf das Konto der Markgrafen, der dafür weiteres Gelände zur Verfügung stellen müsse. Auch das Kieswerk hat ein Gutachten ausarbeiten lassen, das der Gegenseite vorrechnete, daß das Unternehmen durch das Angebot der Stadt nicht auf seine Kosten kommt.

Behauptung steht also nach wie vor gegen Behauptung. Es sieht für den objektiven Betrachter der Szene freilich so aus, als ob das Kieswerk Maxau trotz aller Beteuerungen in den vergangenen Jahren nicht unbedingt ein ausgeprägtes Verständnis für das hier anstehende öffentliche Anliegen gezeigt hat. Unabhängig davon sollten beide Seiten noch einmal versuchen, zu einem Kompromiß zu kommen. Niemand hat etwas davon, wenn sich die Fronten noch weiter verhärten, viele profitieren davon, wenn die Vernunft siegen würde. Vernunft — das heißt in diesem Fall: Zurückstecken auf beiden Seiten. Wobei die ökonomischen Interessen und das Gewinnstreben derjenigen, die über Grund und Boden oder über das Nutzungsrecht darüber verfügen, nicht das Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit überlagern dürfen. Denn dann hätten sie in jedem Fall den „Schwarzen Peter“.